

FDP-Siechtum

Warum Deutschland die Liberalen dringend braucht

Ein Kommentar von *Sven Böll*

Nichts ist derzeit so beliebt wie FDP-Bashing, mancher träumt bereits vom Aus für die Kapitalismus-Jünger. Auch wenn die Liberalen ihren eigenen Ansprüchen oft nicht gerecht werden, wäre ihr Verschwinden fatal. Eine Marktwirtschaft braucht Politiker, die strenge marktwirtschaftliche Prinzipien vertreten.

"Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt Sozialismus", soll Helmut Kohl einst gesagt haben. Glaubt man dieser Einschätzung des Altkanzlers, steht Deutschland zumindest an der Schwelle zu dem Wirtschaftssystem, das im Osten des Landes eigentlich vor mehr als 20 Jahren untergegangen ist.

2009 lag die Staatsquote in der Bundesrepublik bei rund 48 Prozent. Damit hatte die Regierung bei fast jedem zweiten Euro, der hierzulande erwirtschaftet wurde, ihre unzähligen Hände mit im Spiel. Es gibt in der deutschen Wirtschaft genauso viel Staat wie Markt.

Daran ist nicht die Finanzkrise schuld, in der die Regierung mit Unmengen Geld den Kapitalismus vor dem Bankrott bewahren musste. 1960 lag der Anteil des Staats am Bruttoinlandsprodukt noch bei rund einem Drittel. In den siebziger Jahren erhöhte ihn die sozial-liberale Koalition massiv, in den schwarz-gelben Kohl-Jahren änderte sich daran nichts Grundlegendes. Und für die nahe Zukunft ist unter Union und FDP bestenfalls eine Stagnation auf hohem Niveau zu erwarten.

Regulativ in der Regierung oder eindeutige Opposition

Die FDP ist der lauteste "Markt"-Schreier unter den etablierten Parteien. Doch die Liberalen selbst haben über Jahrzehnte mitgeholfen, die Bundesrepublik zu einer Art "Außen marktwirtschaftlich, innen ganz staatlich"-Ökonomie umzubauen. Entsprechend klaffen bei keiner Partei Anspruch und Wirklichkeit in der Wirtschaftspolitik so weit auseinander.

Hämisch ließe sich schlussfolgern, die "Survival of the fittest"-FDP werde das Opfer ihrer eigenen Fehler. Schließlich können in einer Marktwirtschaft nicht nur Firmen pleitegehen, sondern auch Parteien. Wenn der Lebenszyklus eines Produkts an sein Ende kommt, ist es eben vorbei.

So sehr Regierungspraxis und Programmtheorie auch zwei liberale Welten sind: Deutschland braucht eine Partei wie die FDP trotz all ihrer Defizite in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Eine Marktwirtschaft kann nicht ohne eine politische Organisation bestehen, die zumindest auf dem Papier und in den politischen Debatten streng marktwirtschaftlich argumentiert. Und die mit ihren Überzeugungen durchaus als Regulativ in der Regierung wirken oder zumindest als eindeutige Alternative in der Opposition dienen kann.

Die Marktwirtschaft ist nicht ins Gerede gekommen

Die Liberalen müssen das ökonomische Chili in der geschmacklosen Alles-eine-Soße-Wirtschaftspolitik sein. Es gibt in Deutschland vier mehr oder weniger sozialdemokratische Parteien. Die eine (Linke) will viel mehr Staat als die SPD, die andere ein bisschen weniger (Union), die Grünen irgendwie genauso viel.

Nur die FDP ruft im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter "Weniger Staat". Zumindest bislang. Umso schlimmer ist es, dass sie nun ihr klares Programm dem trüben Alltag anpassen will, also ein bisschen grüner, christdemokratischer, SPD-iger werden möchte.

Das kann nicht die Lösung sein. Die FDP muss sich mit ihrem Markenkern - der Wirtschaftskompetenz - vom Parteien-Mainstream absetzen. Die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus, sei es die grundsätzliche Beschränkung des staatlichen Einflusses auf den Bürger oder die weitgehende Selbstregulierung der Wirtschaft, sind auch im Jahr 2011 nicht überkommen.

Die Finanzkrise hat den Turbo-Kapitalismus desavouiert, aber nicht die Marktwirtschaft, in der Firmen in einem vom Staat gesetzten, vernünftigen Rahmen agieren können. Nur weil die Deregulierung der Finanzbranche ins Desaster geführt hat, bedeutet dies nicht, dass andere Industrien stranguliert oder wie im Falle der Energiewirtschaft sogar zusehends (teil-)verstaatlicht werden sollten.

FDP stellt richtige Fragen

Dass der Staat bestehende Steuern erhöht, zusätzlich immer neue erfindet und trotzdem noch Unmengen neuer Schulden macht, scheint inzwischen allgemein akzeptiert. Denn die Regierung besorgt sich so viel Geld, wie sie zu brauchen glaubt. Sie stellt sich fast nie die Frage, die jeden haushaltenden Normalbürger umtreibt - und die die FDP zumindest in Manifesten aufwirft: "Was kann ich mir angesichts meiner Einnahmen eigentlich leisten?"

Es existiert in Deutschland eine gigantische Umverteilungsbürokratie - vom Sozialbereich wie dem Wohn- und Kindergeld bis hin zu Tausenden Subventionen für Unternehmen. Vereinfacht formuliert gibt der Staat am Ende eines aufwendigen Prüfprozesses so viel Geld an die Bürger und Firmen zurück, wie er ihnen vorher durch Steuern und Sozialabgaben weggenommen hat.

Es ist keine Zeitverschwendung, sich wie die FDP wenigstens Gedanken darüber zu machen, ob dieser Zustand sinnvoll ist - und ob es nicht besser wäre, alle staatlichen Leistungen in einem Bürgergeld zusammenzufassen und im Steuerrecht möglichst alle Ausnahmen abzuschaffen.

Die Notwendigkeit, sich weniger in das Leben der Bürger einzumischen - wie von den Liberalen postuliert - hört nicht bei der Frage auf, wie viel vom Bruttogehalt netto übrig bleibt. Immer und überall glaubt der deutsche Vater Staat, seine Kinder vor irgendetwas schützen zu müssen.

Mehr FDP-Theorie in der Praxis

Er ist dabei in fast allen Bereichen so fürsorglich, dass er nicht nur wahrscheinliche Gefahren bedenkt, sondern auch alle denkbaren Sonst-was-Risiken beachtet. In Deutschland brauchen Einzelhändler für Aufkleber am Schaufenster eine Genehmigung. Und wenn eine Branche wie die Autoindustrie nur laut genug "Krise" schreit, oder einem Konzern wie Opel als Folge strategischer Fehler das Aus droht, gibt es sofort Hilfe. Oder zumindest das Angebot dazu.

Wer in Deutschland mehr auf den Markt als auf den Staat setzt, wer daran glaubt, dass die Regierung nicht alles regeln muss, wer überzeugt ist, dass der Großteil der Bürger sich selbst besser entfalten kann als unter behördlicher Aufsicht, der gilt schnell als ökonomischer Reaktionär. Entsprechend wird eine Partei, die diese Überzeugungen vertritt, nie mehr als eine parlamentarische Splitterorganisation sein können. So wie es die FDP in der Bundesrepublik im Übrigen über Jahrzehnte war.

Wenn aber niemand mehr selbstbewusst einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs vertreten würde, es nur noch verschüchterte Stimmen im allgemeinen Parteienchor gäbe, dann würde Deutschland wohl in eine Kuddelmuddel-Staatsmarktwirtschaft abdriften.

Deshalb braucht die Bundesrepublik nicht nur eine kleine, aber unverwechselbar liberale Partei, die diese Entwicklung in ihrem Programm verhindern will. Nötig sind auch überzeugte Volksvertreter, die sich konsequenter als in der Vergangenheit für die Grundsätze der Marktwirtschaft einsetzen - zumal, wenn sie mitregieren.

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,754879,00.html>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE: